

## „Die Deutsche Bundespost will die Genfer Wellenkonferenz für neue CB-Beschlüsse abwarten“

ELO-Interview mit Ministerialrat Dr.-Ing. Klaus Spindler,  
Referat für bewegliche Funkdienste im Bundespostministerium



ELO: Auf den zwölf Kanälen des CB-Funks tummeln sich unseres Wissens über 2 Mio. Funkteilnehmer. Warum hält sich die Bundespost sklavisch an eine CEPT-Empfehlung, an die sich beispielsweise ein Staat wie Dänemark nicht hält, und zwar in erster Linie in dem Sinne, daß dort mehr Kanäle zur Verfügung stehen.

Dr. Spindler: Die Bundespost hält sich nicht sklavisch an zwölf Kanäle; sie hat deswegen zwölf Kanäle in ihren Bestimmungen für die CB-Nutzung vorgesehen, weil sie den Weg einer Harmonisierung mit anderen europäischen Ländern offenhalten wollte und offenhalten will. Wir glauben, daß eine Harmonisierung der technischen Zulassungsbedingungen mit anderen Ländern leichter durchzuführen ist, als wenn man gleich 22 Kanäle zugelassen hätte, wie sie die Dänen schon vor der CEPT-Empfehlung hatten.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Wir haben in diesem Frühjahr durch repräsentative Verkehrsmessungen festgestellt, daß für den beweglichen Verkehr die Zahl der in Deutschland freigegebenen zwölf Kanäle im Schnitt zu 50 bis 70 % ausgelastet ist, so daß also noch Kapazitätsreserven für CB-Funk-Verkehr vorhanden sind. Das schließt nicht aus, daß vorübergehend örtlich und zeitlich mal bis zu hundert Prozent belegt sein können, aber das ist völlig normal. Wir können eine Kanalzuweisung nicht nach Spitzenbelastung bemessen.

ELO: Ist die Bundespost bereit, im Sinne eines angewandten Demokratieverständnisses der Forderung nach mehr Kanälen nachzugehen und die nach unseren Informationen bereits erarbeiteten Pläne zu realisieren?

Dr. Spindler: Natürlich orientiert sich die Bundespost an der Nachfrage. Demokratie heißt: die größere Zahl der Bürger entscheidet oder gibt Hinweise. Im Funkbereich, in dem Frequenzmangel herrscht, muß es aber ebenso den Minderheitenschutz geben, wie es ihn in der Demokratie auch gibt; d.h. die bereits auf den Frequenzen vorhandenen Minderheiten, die durch eine neu sich formierende Mehrheit unter Umständen überstimmt werden könnten, müssen ebenfalls einen Schutz genießen. Die Bundespost denkt natürlich darüber nach, die erkennbar vergrößerte Zahl von CB-Funkern in angemessener Weise zu befriedigen, indem sie überlegt, welcher neue Frequenzbereich bessere Betriebsmöglichkeiten bietet. Wohlgemerkt mittelfristig, nicht innerhalb einer Jahresfrist, denn das hängt auch von internationalen Frequenzvereinbarungen ab. In diesem Jahr soll in Genf auf einer großen weltweiten Konferenz besprochen werden, welche neuen Frequenzen unter anderem für den beweglichen Landfunk, in den der CB-Funk eingebunden ist, zur Verfügung gestellt werden können. Danach werden wir entscheiden, wie die Weiterentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Einvernehmen mit europäischen Ländern sein soll.

ELO: Sie denken nicht daran, die Zahl der zwölf Kanäle im 11-Meter-Band zu erhöhen?

Dr. Spindler: Wir denken nicht daran, in diesem Jahr die Zahl der zwölf Kanäle zu erhöhen, weil

wir – wie eben gesagt – die Genfer-Wellenkonferenz abwarten wollen und der Meinung sind, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, die bessere Lösungen den CB-Funkern ermöglichen könnten, als ein kurzatmiger Zwischenschritt, eine Erweiterung im falschen Frequenzband. Wir sind der Meinung, daß das 27-MHz-Band nicht so optimal für den CB-Funk ist, wie wir und die anderen europäischen Länder es sich vorgestellt haben.

ELO: Man hat also mit dem CB-Funk im 11-m-Band eine falsche Entscheidung getroffen.

Dr. Spindler: Man hat keine falsche Entscheidung getroffen, sondern man hat geschaffene Tatsachen zunächst legalisiert. Ausgelöst wurde dies von den Amerikanern mit einer CB-Politik, die sie heute selbst bedauern; denn sie bemühen sich sehr intensiv darum, wie sie schnellstmöglich den 27-MHz-Bereich verlassen können, einem Bereich, in dem sie in der Zwischenzeit 40 Kanäle zugelassen haben, was keinerlei grundsätzliche Erleichterung der ganzen Schwierigkeiten gebracht hat.

ELO: Mit welcher Begründung genehmigen Sie den deutschen CB-Funkern nicht auch den SSB-Betrieb?

Dr. Spindler: Einer der negativen Punkte des SSB-Funks sind die Störuswirkungen für andere Funknutzer. Leider ist die Lage so, daß durch das enge räumliche Nebeneinander von CB-Feststationen und Ton- und Fernsehfunkempfängern, die nicht genügend störfest sind, immer mehr Ärger entsteht. Der SSB-Betrieb würde diese Zahl von Störungen noch erhöhen, ferner ist der technische Aufwand für diese Geräte höher, sie wären teurer. Wir sehen also keine Vorteile.

ELO: Es ist bekannt, daß die Kurzwellenamateure jetzt mit SSB arbeiten, weil sie wesentlich weniger Störungen verursachen als mit Amplitudenmodulationen, obwohl die SSB-Modulation ja auch eine Amplitudenmodulation ist.

Dr. Spindler: Man kann CB-Funker nicht ohne weiteres mit Amateurfunkern vergleichen. Die Amateurfunker sind wesentlich fachkundiger, als die CB-Funker, denn sie haben eine Funkprüfung abgelegt. Sie nehmen dadurch Rücksicht, sowohl im Aufbau ihrer Funkanlage, als auch bei der Benutzung.

ELO: Warum verbietet die Bundespost den Funkbetrieb von Feststation zu Feststation, obwohl sie genau weiß, daß dies weder sinnvoll noch kontrollierbar ist?

Dr. Spindler: Die Deutsche Bundespost hält dieses Verbot nicht für sinnlos, sondern wegen des Mangels an Frequenzen diesen beweglichen Funkverkehr geradezu für geboten. Ein Verkehr zwischen ortsfesten Stationen kann besser über drahtgebundene Wege, die man beliebig vermehren kann, abgewickelt werden. Dagegen lassen sich die kostbaren Frequenzen nicht vermehren. Die Deutsche Bundespost beobachtet die Situation sehr genau und wird immer wieder mahnen und bei ganz notorischen CB-Betreibern, die sich nicht an die Vorschriften halten, auch eingreifen.

ELO: Weshalb dürfen Mobilgeräte auch nach ordnungsgemäßer Anmeldung nicht als Feststation betrieben werden?

Dr. Spindler: Der Grund liegt auf der Hand. Der Mißbrauch von Mobilgeräten als ortsfeste Stationen würde sicherlich erheblich zunehmen. Man müßte erwarten, daß sie ungenehmigt betrieben werden und daß es zur Hinterziehung der Gebühren kommt.

ELO: Bekanntlich kann man im 11-m-Band mit sehr kleinen Leistungen Weltverkehr machen. Wäre es nicht sinnvoll, das 11-m-Band für diesen Zweck freizugeben und für den lokalen Funkverkehr Frequenzen um etwa 900 MHz bereitzustellen, wobei eine 1-MHz-Bandbreite schon 100 Kanäle ergeben würde?

Dr. Spindler: In der Tat kommt es bei dem CB-Funk nicht auf große Leistungen an, im Gegenteil, je mehr Sie diese Kanäle nutzen sollen, um so geringer muß und kann auch die Leistung sein. Der zeitweilig mögliche Weltverkehr ist unerwünscht. Im Prinzip gibt es verschiedene Bänder, in denen beweglicher Landfunk vorgesehen ist. Es ist dann die nationale Entscheidung der Länder wiederum, die aber nicht nur national getroffen werden kann, ob man gemeinsam auf einen der beweglichen Landfunkfrequenzbereiche oberhalb 100 MHz geht.

ELO: Welche Frequenzbandbreite, also wieviel Kanäle würden Sie empfehlen?

Dr. Spindler: Ich würde meinen, daß man wiederum schrittweise vorgeht, allerdings nicht mit 12 Kanälen beginnt, sondern man würde mit einer größeren Kanalzahl beginnen. Ich kann mich da heute noch nicht festlegen. Wir streben eine Bandbreite an, die keine ernsthaften Beengungen mit sich bringen sollen.

ELO: In welchen Zeiträumen denken Sie bei der Planung von solchen neuen möglichen CB-Funkkanälen?

Dr. Spindler: Wir werden so schnell wie möglich nach der weltweiten Funkkonferenz Kontakte zu den anderen europäischen Fernmeldeverwaltungen aufnehmen.

ELO: Es ist bekannt, daß in Deutschland Geräte verkauft werden, die nicht zulässig sind. Haben Sie Zahlen darüber, wieviel ungenehmigte Geräte in der Bundesrepublik vertrieben werden, und wie versuchen Sie dieses Problem zu lösen?

Dr. Spindler: Wir haben darüber keine Zahlen, weder über die Umsätze noch über die verkauften Geräte, die nicht zugelassen und nicht genehmigungsfähig sind. Wir haben im wesentlichen Aufklärungsaktionen bei den Händlern und bei den einschlägigen Zeitschriften gestartet sowie in der breiten Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß man auf die Zulassung achten möge, wenn man kauft; die Bundesregierung überlegt auch, ob nicht – wenn all dies nicht genügend fruchtet – gesetzliche Maßnahmen zu erwägen sind. Trotzdem wollen wir keinen Polizeistaat.

ELO: Herr Dr. Spindler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.